

PROTOKOLL ZUR 5. SITZUNG DES MEDIATIONSFORUMS „ZUKUNFT LANDWEHRKANAL“

Datum: 10.03.2008
Beginn: 16.35 Uhr
Ende: 20.20 Uhr
Ort: Raum 1024 des Wasser- und Schifffahrtsamts Berlin (WSA),
Mehringdamm 129, 10965 Berlin

Mediatoren: Beate Voskamp & Stefan Kessen
Protokoll: Stefan Görlitz & Ursula Rodarius
Teilnehmer/innen: siehe Anhang zum Protokoll

Eingehaltene Tagesordnung (vgl. Vorschlag einer Tagesordnung):

1. Eröffnung, Begrüßung
2. Beschluss über die Tagesordnung
3. Beschluss über das Protokoll der 4. Sitzung des Mediationsforums vom 18.02.2008
4. Informationen: Was gibt es Neues/Berichtenswertes?
5. Beitrag WSA Berlin / Herr Scholz:
Kompetenzen und Zuständigkeiten am Landwehrkanal Berlin
6. Berichte aus den Arbeitskreisen und ggf. Beschlussfassung
 - 6.1 AK „Nachhaltige Schifffahrt und Wirtschaft“
 - 6.2 AK „Sanierung“
 - 6.3 AK „Naturhaushalt und Landschaftsbild“
7. Verschiedenes
8. Verabschiedung

1. Eröffnung, Begrüßung

Frau Voskamp und Herr Kessen begrüßten die Forumsteilnehmer/innen.

2. Beschluss über die Tagesordnung

Frau Voskamp verlas dem Forum den Vorschlag der Tagesordnung.

Herr Loch beantragte, den Vortrag von Herrn Scholz vorzuziehen, da dieser schon bei der letzten Sitzung vorgesehen war und noch nicht gehalten werden konnte. Der Vorschlag wurde von den Teilnehmer/innen angenommen.

Mit dieser Änderung wurde die Tagesordnung beschlossen und der Vortrag zwischen Punkt 4 (Neues und Berichtenswertes) und Punkt 6 (Berichte aus den Arbeitskreisen) eingegliedert.

3. Beschluss über das Protokoll der 4. Forumssitzung am 18.02.2008

Frau Voskamp ging das Protokoll, welches den Teilnehmern/innen vorlag, seitenweise durch und befragte das Forum nach eventuellen Einwänden.

Seite 12, Pkt.6: Herr Ginsberg fragte, was die Gründe dafür waren, den Verbesserungsvorschlag, welcher den Teilnehmern/innen über die Mediatoren übersandt wurde, nicht anzunehmen. Herr Scholz antwortete hierauf, dass dieses Thema im Arbeitskreis in jedem Fall noch einmal diskutiert werde und bei dieser Diskussion auch Herr Prof. Weihs mit einbezogen würde. Seiner Meinung nach hält der gemeinschaftlich formulierte Text alle Möglichkeiten offen, weitere Untersuchungen durchzuführen. Herr Ginsberg akzeptierte diese Erklärung.

Zu einigen Formulierungen wurden Anmerkungen geäußert, die aufgenommen wurden. Das Protokoll der 4. Sitzung des Mediationsforums vom 18.02.2008 wurde mit den besprochenen Änderungen beschlossen.

4. Informationen: Was gibt es Neues/Berichtenswertes

Frau Voskamp fragte das Forum nach aktuellen Informationen, Neuem und Berichtenswertem.

- **Bericht von der Vor-Ort Begehung der Ufer am 3. März 2008 und Klärung des Umgangs mit Bestandsbäumen im Zuge von Planung, Ausschreibung und Baudurchführung beim geplanten Spundwandeinbau**

Herr Appel informierte über die Ufer-Begehung, welche am 3. März 2008 zusammen mit Vertretern des WSA Berlin, den betreffenden Bezirksämtern und Bürgern/innen, stattgefunden habe (vgl. Punkt 2 der Beschlussfassung im 4. Sitzungsprotokoll des Mediationsforums). Ein Protokoll sei nicht erstellt worden. Frau Tonn / Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg musste sich kurzfristig für diesen Termin entschuldigen. Bei dieser Begehung habe sich herausgestellt, dass bei der Spundwandeinpressung teilweise eine Arbeitshöhe von 6,50 m notwendig sei, die somit teilweise in Kronenbereiche der Bestandsbäume hineinreiche. Herr Appel schlug daher vor, die davon betroffenen Bäume vor Ort zu markieren, um festzulegen welcher Baum in welcher Höhe tatsächlich betroffen wäre. Er verwies auf die Wichtigkeit der Begleitung der geplanten Maßnahmen durch einen kompetenten Baumgutachter. Dieser sei auch schon bei den erforderlichen Kampfmittelsondierungen hinzuzuziehen.

Er äußerte seinen Unmut über die Aussage von Herrn Leder bei der Begehung, welcher darauf verwiesen habe, dass es sich um Bäume in der Zuständigkeit des jeweiligen Bezirkes handeln würde und dementsprechend diese darüber entscheiden würden, was mit den Bäumen geschehen würde. Herr Appel war der Auffassung, dass man sich den Baumgutachter sparen könnte, wenn dieser während der Baumaßnahmen keine Entscheidungskompetenz erhalte. Er drängte darauf, die Kompetenzen des zu beauftragenden und insbesondere baubegleitend tätigen Baumgutachters zu klären.

Herr Appel wies noch einmal darauf hin, dass bei einer Arbeitshöhe von 6,50 m Kronenbereiche beschädigt werden könnten. Bei zu starkem Schnitt bestünde die Gefahr, dass der betreffende Baum seiner Auffassung nach vorzeitig abgängig sein könnte. Deswegen seien dezidierte Untersuchungen notwendig.

Bei der Begehung sei für den Abschnitt Tempelhofer Ufer eine Stückelung der Spundwände empfohlen worden. Für den Bereich Cornelius-/Herkules-Ufer sei der Vorschlag gemacht worden, die Bäume nicht zu beschneiden, sondern störende Äste hoch zu binden. Diese Möglichkeit müsse aber noch geprüft werden.

Frau Tonn schlug vor, da ihr eine Teilnahme am Termin nicht möglich war, einen weiteren Termin Anfang April ausschließliche im betreffenden Kreuzberger Bereich, also am Tempelhofer-Ufer, durchzuführen.

Herr Augsten erläuterte, wie das Maß von 6,50 m Arbeitshöhe zustande käme: durch 5,00 m Spundwandlänge sowie 1,50 m Rück- und Arbeitsraum mit Seil = 6,50 m. Er forderte die Teilnehmerinnen auf, eine gemeinsame Lösung zu finden.

Frau Kleimeier erinnerte in diesem Zuge an den ausstehenden Termin zur Besichtigung des zum Einsatz am Landwehrkanal vorgesehenen Einpress-Verfahrens.

Zur Kompetenzfrage des Baumgutachters erklärte Frau Kalepky, dass ein Gutachter in der Regel beauftragt werde, um seine fachlich fundierte Meinung abzugeben und zu vertreten. Die Stellungnahme eines Gutachters wirke entscheidungsvorbereitend für die Behörde. An diesen könnte von den verantwortlichen Behörden keine Entscheidungskompetenz abgegeben werden. Hierauf forderte Herr Appel, dass, wenn der Bezirk Schnittmaßnahmen für erforderlich halte, diese auch die Zustimmung des gemeinsam beauftragten Baumschutzgutachters finden müssten.

von Bürgern/innen bei Behördenentscheidungen.

Frau Kleimeier schlug vor, die Situation dahingehend zu entschärfen, dass das Mediationsforum gemeinsam einen Gutachter bestimme, der das Vertrauen aller Beteiligten haben sollte. Dieser sollte dann vor Ort Bauleitungsaufgaben übernehmen.

Auf Nachfrage von Frau Kalepky wie das Vergabeverfahren für den zu findenden Baumgutachter aussehe, erläuterte Frau Voskamp, dass von Seiten der Bürgerinitiative dem WSA Berlin drei Gutachter vorschlagen werden können. Diese Vorschläge würden vom WSA Berlin dann geprüft und der Auftrag an den geeignetsten Bewerber vergeben.

Herr Augsten äußerte seine Irritation über die Unmutsbekundungen in dieser Runde, da sein Eindruck vor Ort bei der Begehung der war, dass doch eigentlich alle an einem Strang gezogen hätten. Ein Gutachten würde doch außerdem nicht beauftragt, um es später zu ignorieren.

Daraufhin erwiderte Herr Appel, dass Herr Leder beim Termin davon gesprochen habe, möglicherweise einige Schnittmaßnahmen durchführen zu lassen, ohne die Zustimmung des gemeinsam zu beauftragenden Gutachters abzuwarten bzw. zu berücksichtigen.

Herr Scholz versprach daraufhin, dass das WSA nicht einen Ast abschneiden würde, ohne dies zuvor dem Forum zum Beschluss vorzulegen. Herr Appel äußerte hierzu Bedenken, da Probleme oft nicht im Vorhinein erkennbar seien, sondern sich erst bei Durchführung von Maßnahmen vor Ort ergäben und dass es für vorhersehbar halte, dass einige Äste beim Spundwandeinbau fallen würden. Herr Scholz bekräftigte noch einmal, dass auf jeden Fall nur der minimal nötigste Eingriff erfolgen würde. Er versprach, dass das WSA den Aussagen des zu beauftragenden Baumgutachters folgen werde.

Der Vorschlag von Frau Kleimeier, die betroffenen Bereiche zur Orientierung mit Schwimmern erkennbar zu machen, wurde von Herrn Appel mit der Begründung zurückgewiesen, dass dies schon geschehen sei und die Schwimmer auch schon wieder entfernt worden seien. Ein Ergebnis dieser Markierung sei gewesen, dass erkennbar wurde, dass die Spundwandtrasse im Abstand von 1,70 m von der Uferwand verlaufen würde. Frau Voskamp fragte nach, ob es sich einrichten ließe und es Sinn machen würde, diese Markierungen für die geplante gemeinsame Befahrung des Landwehrkanals am 4. April 2008 wieder aufzubauen. Herr Appel verneinte dies, da es sehr aufwendig sei und er die Notwendigkeit nicht sehe. Er hielte für aussagekräftiger, exemplarisch Markierungen an einzelnen betroffenen Bäumen in der Höhe von 6 m bis 10 m anbringen zu lassen.

Zurückkommend auf die Klärung der Kompetenzfrage des Baumgutachters schlug Frau Kalepky vor, dass eine Abstimmung über zu treffende Entscheidungen zwischen WSA, Bezirksämtern und dem Gutachter im Konsens erfolgen sollte. Herr Appel gab zu bedenken, dass es für ihn darauf ankäme, wer im Zuge der Entscheidung das letzte Wort habe. Beispielsweise könnten auf Baustellen von Baufirmen Fehler gemacht werden. Hier stelle sich für ihn die Frage ob der Gutachter dort spontan eingreifen könnte - ohne Rücksprache mit den Ämtern. Herr Ginsberg bekräftigte, dass es eine Person geben muss, die vor Ort gegenüber den Firmen weisungsbefugt sei. Frau Riemer erklärte, dass aufgrund der rechtlichen Bestimmungen der Auftraggeber immer das letzte Wort der Entscheidung haben müsse.

Herr Dohna erkannte das Bedürfnis nach klar festgelegten und transparenten Entscheidungsbefugnissen an und schlug vor, dass es eine Vereinbarung zwischen Auftraggeber, Eigentümern und Gutachter geben solle, in der das Verfahren zur gemeinschaftlichen Entscheidungsfindung festlegt würde. Dem Gutachter solle die entscheidende Stimme zugestanden werden.

Herr Augsten erläuterte die gängige Praxis, die bei Problemen auf Baustellen angewandt würde: alle Parteien würden vor Ort zusammen kommen, um eine gemeinschaftliche Entscheidung zu treffen. Dies würde auch hier so praktiziert werden. Frau Profé bekräftigte dies und fügte hinzu, dass ein Gutachter nicht allein für alle Beteiligten entscheiden könne. Auf ihre Frage, ob Herr Barsig bereits einen Gutachter-Auftrag vom WSA Berlin habe, erläuterte Frau Voskamp dass er ihres Wissens nach von der BI als Berater beauftragt sei. Die BI-Vertreter/innen bestätigten dies.

Frau Tonn vertrat die Auffassung, dass sich im Zuge der Planung alle Interessensgruppen auf die durchzuführenden Arbeiten einigen würden und dass der Gutachter diese dann begleiten solle.

Herr Scholz rief die Teilnehmerinnen zu mehr Vertrauen auf und bekräftigte, dass sich das WSA bestmöglich an den Empfehlungen des Gutachters orientieren werde. Das WSA werde Auftraggeber sein und Aufträge an Firmen vergeben. Er versprach, dass diese Vergabeverfahren transparent durchgeführt werden würden. Schnittmaßnahmen, welche die Bezirksämter selbst möglicherweise darüber hinaus vornehmen wollten oder müssten, sollten als separate Maßnahme vorher mit den Teilnehmerinnen diskutiert werden.

Frau Kleimeier forderte erneut, dass alle Arbeiten an den Bäumen immer von dem zu bestimmenden Gutachter überwacht werden sollten. Herr Scholz konnte dem nicht ohne Vorbehalte zustimmen, hieß den Vorschlag jedoch gut, dass der Gutachter immer vor Ort sein sollte.

In diesem Zusammenhang erläuterte Herr Trehkopf das Vorgehen in seinem Amt: Dort gebe es neben einem Bauleiter, der die Durchführung der geplanten Baumaßnahmen überwache einen so genannten ökologischen Baubetreuer, welcher durchzuführende Schutzmaßnahmen vor und während der Durchführung von Baumaßnahmen überwache. - Diese Funktion entspräche hier der des Baumgutachters. Bei Bauarbeiten könne es durchaus einmal zu Beschädigung und Verletzungen von Bäumen kommen. In diesen Fällen müsse es dann teilweise Schnittmaßnahmen zum Ausgleich geben. Viele dieser Fragen könne ein Baumgutachter allein klären, einige müssten aber von allen beteiligten Parteien gemeinsam entschieden werden.

Frau Voskamp fasste die Diskussion zusammen, sie habe herausgehört, dass die folgende Vorgehensweise verabredet werden könnte:

1. Die BI schlägt dem WSA Berlin drei Baumgutachter ihres Vertrauens vor. Das WSA prüft die Bewerber und erteilt den Auftrag an den am geeignetsten erscheinenden Bewerber (vgl. Punkt 4 der Beschlussfassung im 4. Sitzungsprotokoll des Mediationsforums).
2. Es wird gemeinsam mit allen Beteiligten die Planung der durchzuführenden Maßnahmen abgestimmt. Der bis dahin gefundene Baumgutachter berät Bezirksamt, Bürgerinitiative und WSA bei Planung und Ausschreibung.
3. Die durchzuführenden Arbeiten sollen 1:1 entsprechend den gemeinschaftlichen Abstimmungen umgesetzt werden.
4. Der Baumgutachter überwacht die Arbeiten im Sinne einer ökologischen Baubetreuung, ein noch zu bestimmender Bauleiter überwacht die durchzuführenden Baumaßnahmen im Sinne eines Baubevollmächtigten für die Auftraggeberseite.
5. Sind im Zuge der Baumaßnahme Entscheidungen bezüglich der Bestandsbäume zu treffen, sollen diese gemeinschaftlich von Auftraggeber, Bezirksamt und Gutachter getroffen werden. Dabei soll eine bestmögliche Orientierung an der jeweiligen Gutachterempfehlung erfolgen.

Die Teilnehmer/innen stimmten einvernehmlich dieser Vorgehensweise zu.

- **Hohlraumerkundung in Uferbereichen**

Herr Scholz sprach die Empfehlung aus, das Thema der Hohlraumbegutachtung in den AK „Umgang mit kurzfristigen Maßnahmen“ zu geben, um alle möglichen Verfahren gemeinsam mit Herr Prof. Weihs, der Firma Wiebe und der Bundesanstalt für Wasserbau zu klären.

Diesem Vorschlag stimmten die Teilnehmer des Forums zu.

- **Bericht über Gespräch am 21. Februar 2008 zu Möglichkeiten der Weiterführung und Änderung der Baumanbindung von 20 gesicherten Bäumen**

Frau Riemer informierte über ein Gespräch zur Änderung der Baumsicherung am 21. Februar 2008, an dem neben Vertreter/innen des WSA die Baumgutachter Herr Brehm und Herr Dr. Wesssolly, Herr Leder und Herr Walter vom Straßen- und Grünflächenamt Mitte sowie Frau Tonn vom Grünflächenamt Friedrichshain-Kreuzberg teilnahmen. Ergebnis der Beratung sei der Vorschlag, eine elastische Manschette anzulegen unter die Spanngurte - zur Verhinderung des Pressdrucks auf die Baumrinde und zur Erhaltung der Möglichkeit der Bäume, im Wind geringfügig zu schwingen. Die Manschette solle im Befestigungsbereich komplett umgelegt werden. Sie würde aus einem flexiblen Material bestehen, welches luftdurchlässig sei und keine Staunässe zulasse. Die Gurte sollten entsprechend dem Dickenwachstum der Bäume nachjustiert werden, eine Kontrolle regelmäßig durchgeführt werden.

Diesem Vorschlag habe das Bezirksamt Mitte bereits zugestimmt. Das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg benötigte zur abschließenden Stellungnahme die konkrete Ausführungsplanung. Die Ausführungsplanung wird Herr Brehm erarbeiten. Voraussichtlich könnte ab Mitte Mai 2008 mit den Arbeiten begonnen werden.

Vertreter/innen der Bürgerinitiative äußerten heftige Kritik an der erneuten Beauftragung des Baumgutachters Herrn Brehm. Sie waren der Meinung, dass er nicht für Baumstatik oder Verkehrsicherung zugelassen sei und somit keine Kompetenz für die bereits durchgeführten und noch durchzuführenden Maßnahmen besäße. Die Frage der BI-Vertreter/innen, ob es sich für Herrn Brehm um einen neuen Auftrag handle oder darum, ihm Gelegenheit zur Nachbesserung einer ihrer Meinung nach mangelbehafteten Leistung zu geben, beantwortete Frau Riemer dahingehend, dass Herr Brehm einen neuen Auftrag hierfür erhalten solle. Sie widersprach deutlich der geäußerten Kritik an Herrn Brehm mit dem Hinweis darauf, dass er seine Leistungen auftragsgemäß erbracht habe und weiterhin das Vertrauen des WSA habe. Er sei zu einem Zeitpunkt beauftragt worden als die äußeren Umstände sehr schwierig waren und großer Zeit- und Handlungsdruck geherrscht habe. Die Gewährleistungspflicht laufe selbstverständlich wie bei jeder anderen zu vergebenden Leistung. Es gebe allerdings aus Sicht des WSA keine Hinweise auf Planungsmängel. Sie stellte die Frage, ob der Ärger eher gegen die Person oder eher gegen die Maßnahme gerichtet sei.

Frau Enwaldt und Herr Appel äußerten erneut ihr Unverständnis und begründeten ihre Kritik u.a. damit, dass dieses Vorgehen gegen ihr Gerechtigkeitsempfinden verstoße. Herr Dohna entgegnete, dass er den Anwohnern/innen, die er im Forum vertrete, nicht werde begreiflich machen können, warum derselbe Gutachter, der bezüglich seiner Leistungen in solch heftiger Kritik stünde, erneut beauftragt werden solle.

Frau Kleimeier erläuterte, dass für die Beauftragung von Leistungen einen rechtlichen Rahmen gebe, der vom WSA eingehalten werden müsse: würde ein anderer Gutachter als Herr Brehm beauftragt, Maßnahmen an den von ihm geplanten vorhandenen Sicherungen durchzuführen, würde er aus der Gewährleistung entlassen werden müssen. Der neu zu bestimmende Gutachter müsste seinerseits Gewähr für die gesamte Leistung übernehmen. Damit könne derjenige, welcher ggf. einen Fehler verursacht habe, verfahrensrechtlich habe nicht mehr zur Rechenschaft gezogen werden. Aus diesem Grund werde in der Regel derselbe Gutachter / Planer ein zweites Mal beauftragt. Frau Fortwengel ergänzte, dass nach ihrem Verständnis somit die Änderung der

Baumanbindung nur eine Erweiterung der Planungsaufgabe sei und eine Beauftragung desselben Auftragnehmers aus ihrer Sicht auch die kostengünstigste Variante.

- **Bereitstellung von Planunterlagen**

Herr Scholz informierte darüber, dass entsprechend der Ankündigung in Kürze Kartenmaterial über den Landwehrkanal über die Mediatoren im Internet unter www.landwehrkanal-berlin.de bereitgestellt würde. Die Pläne würden aufgrund ihrer Größe abschnittsweise gestückelt werden müssen und als PDF-Datei zum Download bereitgestellt werden.

- **Baumspendenangebot der Accor-Gruppe**

Frau Voskamp berichtete über den Fortgang des Kontakts zum Baumspenden-Angebot der Accor-Gruppe:

Sie habe gemäß Auftrag des Forums mit dem Ansprechpartner, Herrn Kranz, Kontakt aufgenommen und die vom Forum formulierten Rahmenbedingungen und deren Hintergründe für mögliche Baumpflanzungen am Kanal dargelegt.

Die Accor-Gruppe habe daraufhin ihr Unverständnis darüber zum Ausdruck gebracht, dass sie keine Gelegenheit bekommen habe, ihr Angebot im Forum persönlich vorzutragen, im Vorfeld jedoch schon Forderungen an sie formuliert worden seien. Sie würde sich nicht ohne konkrete Angaben vorab festlegen lassen, ob sie sich beispielsweise finanziell an einen ggf. erforderlichen Denkmalgutachten für den Bereich Urbanhafen beteiligen würde. Auch wollte sie sich nicht auf den Urbanhafen festlegen lassen.

Herr Kranz betonte, dass Ziel der Baumspende nicht ein Imagegewinn für die Accor-Gruppe wäre, sondern dass es vielmehr darum ginge mit einer solchen Aktion, eine bestimmte positive Haltung gegenüber gesellschaftlichen Werten zu vermitteln. Die Gruppe engagiere sich für den Umweltschutz, weil es ihr und ihren Mitarbeitern ein persönliches Anliegen sei und sie sich gegenüber der Gesellschaft zum Engagement verpflichtet fühle.

Die Accor-Gruppe würde das Mediationsverfahren am Landwehrkanal gern unterstützen und ihr Projekt präsentieren, sich jedoch im Vorhinein nicht auf Bedingungen einlassen können, die derzeit für sie vage und nicht transparent seien.

Herr Freise stellte klar, dass die Baumspende für die Accor-Gruppe keineswegs nur eine Werbeaktion darstelle, sondern sie sich ganz im Gegenteil in sehr aner kennenswerter Weise seit Jahren kontinuierlich für soziale und ökologische Projekte einsetze und finanziell engagiere. Es sei schade, das Angebot so abzuweisen und den Investor zu verlieren. Viele Teilnehmer/innen äußerten gleichfalls ihr Bedauern darüber.

- **Hinweis in eigener Sache: Umzug der MEDIATOR GmbH**

Herr Kessen teilte den Forumsmitgliedern mit, dass die die MEDIATOR GmbH nach Berlin umgezogen und nun auch vor Ort erreichbar sei. Der Umzug sei lange geplant gewesen und habe nichts mit diesem Verfahren zu tun. Die neue Adresse wurde bereits in den Briefkopf aufgenommen.

5. Beitrag WSA Berlin / Herr Scholz:

Kompetenzen und Zuständigkeiten am Landwehrkanal

Herr Scholz schickte voraus, dass die vorbereitete Präsentation auf der Internetseite des Mediationsverfahrens www.landwehrkanal-berlin.de zum Download bereit gestellt würde.

Er referierte über die komplexen Kompetenzen und Zuständigkeiten am Landwehrkanal.

Die Frage von Herr Lingenauber, ob in den vom WSA angekündigten bereitzustellenden Karten auch die Eigentumsverhältnisse am Landwehrkanal dargestellt werden könnten, bejahte Frau Riemer insofern, als dass sie ausführte, blau und dunkelrot markierte Flächen befänden sich im Eigentum des WSA, rosa markierte im Eigentum der Bezirke.

Herr Ginsberg interessierte, ob sich die Zuständigkeiten am Landwehrkanal an den Eigentumsverhältnissen orientieren würden. Daraufhin erläuterte Herr Scholz, dass grundsätzlich die Eigentumsgrenzen gleichzeitig Zuständigkeitsgrenzen seien, räumte allerdings ein, dass es durchaus darüber hinaus gehende Verpflichtungen gäbe, zum Beispiel an Brücken. Der Verlauf der Zuständigkeiten sei bisweilen diskontinuierlich und verlaufe manchmal auch entsprechend der Wasserstandslinie. Dies unterscheide sich von Wasserstraße zu Wasserstraße. Es sei jeweils der Einzelfall zu betrachten.

Frau Enwaldt erkundigte sich, ob es im WSA Richtlinien gäbe, die das Freihalten von Bewuchs auf einem 3 m breiten Streifen entlang der Ufer vorsehen würden. Herr Scholz erklärte, dass das WSA bestrebt sei, Bewuchs am Rand von Wasserstraßen und hier insbesondere im Bereich von Schifffahrtszeichen am Ufer möglichst niedrig zu halten. Dies gelte allerdings nicht doktrinär und es werde jeweils nur das Notwendige getan um die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs zu gewährleisten. Einmal jährlich würde eine so genannte Baumschau durchgeführt, gemeinsam mit dem Bundesforstamt. Schnittmaßnahmen würden unter Beachtung der naturschutzrechtlichen Bestimmungen durchgeführt und könnten beispielsweise nicht innerhalb der Vegetationsperiode, sondern nur in der Vegetationsruhezeit, erfolgen. Die Mitarbeiter, die diese Aufgaben erfüllten, nähmen intern regelmäßig an Fortbildungen teil zur Gehölzunterhaltung. Zu Baumfällungen käme es immer nur aufgrund von Einzelfallprüfungen. Auf die Frage von Frau Enwaldt wie „Verkehrssicherheit“ denn definiert sei, antwortete Herr Scholz antwortete, dass dies rechtlich definiert sei und bei Bäumen vor allem deren Standsicherheit entscheidend sei für die Beurteilung der Verkehrssicherheit.

Herr Dohna wies darauf hin, dass an der Spree sogar das Freihalten eines 5 m breiten Streifens für nötig gehalten würde. Herr Scholz erklärte, dies sei wegen des Verkehrsprojektes Deutsche Einheit Nr.17 (Wasserstraßenverbindung Hannover-Magdeburg-Berlin) notwendig gewesen. Dabei ginge es allerdings um den Aus- bzw. Neubau und nicht die Sanierung einer Wasserstraße, daher würde es sich dort um Sonderfälle handeln.

Herr Lücking brachte zum Ausdruck, dass er es sehr begrüßen würde, wenn tatsächlich nur kleinere Schnittmaßnahmen durchgeführt würden. In der Praxis wären aber besonders am Oder-Spree-Kanal, und zwar auch abseits der Dammstrecke, aus Kostengründen viele Flächen einfach kahl geschlagen worden, was aus Sicht des BUND für die Fauna (Beispiel Biber) sehr problematisch sei. Herr Scholz betonte, dass er dazu nicht mehr sagen könne, als dass diese Maßnahmen vermutlich aus Gründen der Verkehrssicherheit durchgeführt worden seien, aber solche Fälle auf jeden Fall zu klären sind.

Herr Appel fragte, ob das WSA Uferunterhaltungspläne habe und ob es diese in der Praxis bei der Durchführung von Maßnahmen beachten würde. Herr Scholz erklärte, es sei angedacht, für einige spezielle der über 7.000 km Wasserstraßenabschnitte Uferunterhaltungspläne zu erstellen. Diese seien zur Zeit nur teilweise und nicht durchgängig vorhanden. Hierbei seien auch die Länder in Verantwortung zu nehmen, die landseitig mit ihren Gewässerrandpflegeplänen anschließen müssten. Ökologische Anregungen der Länder würden von der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung aufgenommen. Er betonte dabei die zunehmende Wichtigkeit von Umwelt- und Nachhaltigkeitsbelangen in der Arbeit der Wasser- und Schifffahrtsverwaltungen. Herr Appel bemängelte, dass es ein Nachteil sei, wenn ökologische Maßnahmen regelmäßig als teuer dargestellt würden als tatsächlich häufig der Fall sei.

Das habe der Vortrag von Herrn Rehfeld-Klein in der 2. Sitzung des AK's Naturhaushalt und Landschaftsbild gezeigt. Herr Scholz stimmte dem soweit zu und ergänzte, dass das Bundesverkehrsministerium selbstverständlich nicht gegensätzlich zu vom Bundesumweltministerium finanzierten Maßnahmen handeln dürfe. Das gehöre seiner Auffassung nach allerdings auch der Vergangenheit an, die Erlasslage habe sich deutlich verbessert.

Frau Kleimeier erkundigte sich, ob möglicherweise die Kanalsanierung vom Wasserstraßenneubauamt ausgeführt würde. Herr Scholz verneinte, da es sich ausdrücklich um Sanierungs- und Unterhaltungsmaßnahmen handeln würde.

Herr Dohna stellte fest, dass außer bei „Gefahr im Verzug“ regelmäßig die Bezirksämter - und im Durchgriff auch die Senatsverwaltung - über die Bäume in den Uferstreifen zu entscheiden hätten. Daher würden sich diese für bestimmte Maßnahmen auch nicht der Verantwortung entziehen können. Herr Scholz stimmte dem zu und räumte ein, dass die Begutachtung der Bäume am Kanal seit Jahren regelmäßig hätte durchgeführt und begleitet werden müssen, um gefährdende Situationen zu verhindern. Hier seien alle Behörden in der Pflicht ein Unterhaltungskonzept zu entwickeln. Er ergänzte, dass sich außerdem die Schiffstechnik geändert habe: Bugstrahlruder seien beispielsweise erst seit etwa 20 Jahren im Einsatz und die Bäume in den Uferbereichen würden mit dem Alter immer größer und schwerer.

Herr Schael erkundigte sich, ob es detaillierte Aussagen gäbe wo das WSA Kampfmittelsondierungen durchführen werde und wo die Untersuchungen durchgeführt würden - eher im Schlamm oder eher in den Randbereichen des Kanals. Herr Scholz führte aus, dass er nicht wisse, ob und wo schon Kampfmittelsondierungen stattgefunden hätten. Auch sei wohl unklar aus welcher Zeit Kampfmittelbelastungen stammen würden und wo sie sich befänden. Sie würden wohl eher in tieferen Schlammschichten erwartet. Weiterhin sei nicht klar, ob in den vergangenen Jahrzehnten durch Einleitungen neue Gefährdungspotenziale entstanden sein könnten. Deshalb gelte der Grundsatz, dass vor jeder Baumaßnahme eine Sondierung durchzuführen ist. Sondierte wird allerdings nur dort, wo auch gebaut werden solle.

Herr Schael schlug in diesem Zusammenhang eine Sondierung des gesamten Kanals vor und Frau Riemer bestätigte, dass dies durchaus sinnvoll wäre, aber trotzdem nicht vorgesehen sei wegen der enormen Kosten, die hierfür zu erwarten wären. Herr Scholz fügte hinzu, diese Anregung im weiteren Vorgehen zu beachten.

6. Berichte aus den Arbeitskreisen und ggf. Beschlussfassung

Die Protokolle der Arbeitskreissitzungen werden an die Forumsmitglieder per Mail versandt und auf der Homepage des Mediationsverfahrens bereitgestellt.

6.1. AK „Nachhaltige Schifffahrt und Wirtschaft“

Herr Kessen stellte dem Forum die Arbeitsergebnisse der 2. Sitzung des AK's vor.

Frau Riemer erkundigte sich, ob es eine To-Do-Liste für die aufgeworfenen Fragen gäbe, bzw. wer diese beantworten solle. Frau Voskamp erklärte daraufhin, diese Informationen dem Protokoll zu entnehmen wären, es eine To-Do-Liste allerdings nicht gebe. Die Mediatoren bereiten die Bearbeitung der aufgeworfenen Fragen mit den jeweils zuständigen Institutionen oder Personen vor.

Auf die Anmerkung eines Teilnehmers, dass im AK vereinbart worden sei, den Wellenschlag und seine Auswirkungen dezidiert berechnen zu lassen und die Ergebnisse vorzustellen, entgegnete Herr Scholz, dass man sich auf eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 6 km/h, den Verzicht auf Sonderschleusungen sowie einen Ein-Richtungsverkehr geeinigt habe. Diese Maßnahmen dienten dazu, Auswirkung des Wellenschlags auf die Ufermauern zu minimieren. Herr Augsten stellte klar, dass der Wellenschlag von dem jeweiligen Schiffskörper abhängen und nur für den jeweiligen Einzelfall errechnet werden könne.

Frau Kayser merkte an, dass geplante Maßnahmen auf ihre Denkmalverträglichkeit geprüft werden müssten; dies gelte auch für die geplanten Maßnahmen des WSA im Rahmen der Sanierung der Regelbauweise.

Herr Augsten erinnerte daran, dass es von Seiten des Denkmalschutzes im AK Einwände gegen die Nutzung von Nottreppen als zusätzliche Anlegemöglichkeiten gegeben habe. Frau Kayser führte als Begründung eine befürchtete mögliche Zerstörung der Treppen an, welche möglicherweise dann nicht mehr als historisch zu erkennen wären. Herr Ginsberg äußerte, der primäre Grund des Einwandes sei seiner Auffassung nach der hypothetische Fall eines Ertrinkenden gewesen, der durch ein anliegendes Schiff im Notfall die Treppe nicht erreichen könnte.

Frau Voskamp fasste die offenen Fragestellungen zusammen und verwies deren Klärung in den AK.

6.2. AK „Sanierung“

Frau Voskamp stellte dem Forum die Arbeitsergebnisse der 1. Sitzung des Arbeitskreises vor.

Herr Augsten schlug vor, die gesammelten Kriterien für eine gute Sanierung des Landwehrkanals um den Punkt „Funktion des Kanals als Vorfluter“ zu ergänzen. Dieser Vorschlag wurde vom Forum angenommen.

Im Arbeitskreis wurden die Schwierigkeiten der BI deutlich, geeignete Büros zu finden, die für die Entwicklung einer innovativen Uferwandsanierung am Landwehrkanal in Frage kämen. Daher seien alle Forumsmitglieder aufgerufen, die BI mit Hinweisen zu unterstützen, wenn möglich.

Herr Hiller verwies in diesem Zusammenhang auf ein Planungsbüro, dessen Namen er auch nannte. Sie seien seines Wissens nach Experten für die aufgeworfenen Fragestellungen. Frau Kayser äußerte Einwände gegen diesen Vorschlag aufgrund eigener negativer Erfahrungen mit diesem Büro. Herr Lingenauber regte an, dass es positiv wäre, wenn alle Beteiligten mit dem zu findenden Büro einverstanden wären. Außerdem wollte er den Begriff „innovative Ansätze“ präzisiert wissen: aus seiner Sicht empfehle er, Büros zu suchen, die Erfahrungen mit denkmal- und baumschonenden Bauweisen und Gründungen in Uferbereichen aufweisen könnten. Dafür gebe es kompetente Planungsbüros und Sachverständige. Namen könne er nennen bei Bedarf und in Abstimmung mit allen Beteiligten.

Herr Ginsberg betonte, dass es darum gehe, neue Ansätze und Ideen zu finden, welche mit den bestehenden 11 Varianten noch nicht bedacht worden seien und die so bestehenden Möglichkeiten hinzugefügt werden könnten.

Herr Kessen wies abschließend darauf hin, dass an alle möglichen Lösungen zum gegebenen Zeitpunkt die gemeinsam definierten Kriterien für eine gute Sanierung angelegt würden. Insofern bildeten die Kriterien wie auch die Entwicklung möglicher Lösungen Bausteine auf dem Weg dahin.

6.3. AK „Naturhaushalt und Landschaftsbild“

Frau Voskamp stellte dem Forum die Arbeitsergebnisse der 2. Sitzung des Arbeitskreises vor. Auf der Homepage des Mediationsverfahrens ist auch der Vortrag von Herrn Rehfeld-Klein zu finden.

Herr Dohna erkundigte sich, was mit dem Begriff „Dynamik“ in wirtschaftlicher, ökologischer und sozialer Hinsicht gemeint sei. Herr Ginsberg stellte daraufhin dar, dass er große Potenziale sehe, für wirtschaftliche und soziale Entwicklungen am und um den Landwehrkanal. Als Vorbilder führte er Paris und Amsterdam an.

Auf die Äußerung von Herrn Kessen, dass der AK konstruktiv und positiv verlaufen sei, widersprach Herr Appel insofern, dass es durchaus einige Konflikte im AK gegeben habe, zum Beispiel was den Ein- oder Zwei-Richtungsverkehr angehe, der seiner Auffassung nach entscheidend für das künftige ökologische Potenzial des Landwehrkanals sei. Außerdem verwies er auf einschränkende Äußerungen von Frau Kayser, dass ökologische Maßnahmen möglicherweise das Denkmal in seinem Erscheinungsbild beeinträchtigen könnten. Es gebe also durchaus unterschiedliche Ansichten im AK. Herr Kessen versicherte, dass er auch gar keinen gegenteiligen Eindruck vermitteln wollte, er die Atmosphäre dennoch als konstruktiv wahrgenommen habe. Außerdem ergänzte er, dass ökologische Maßnahmen möglicherweise auch außerhalb der Sanierungsbereiche im Rahmen von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen durchgeführt werden könnten.

Die Mediatoren stellten nach dem Ausbleiben weiterer Wortmeldungen fest, dass die Arbeitskreise wie geplant ihre begonnene Arbeit fortführen könnten. Dies wurde vom Forum im Konsens bestätigt.

Herr Dohna fragte nach dem weiteren Fortgang und dem Ziel des Verfahrens und dem Zusammenspiel von Arbeitskreisen und Forum. Herr Kessen erläuterte, dass die in den AK's entwickelten Kriterien die Grundlagen für eine spätere Beschlussfassung des Forums seien. Die Kriterien des AK Sanierung seien ein Beispiel dafür, aber letztendlich hätten alle Diskussionen in den Ak's dieses gleiche Ziel. Außerdem entspräche die fortwährende Arbeit der AK's auch dem Punkt 5 der Beschlussfassung (vgl. 4. Sitzungsprotokoll des Mediationsforums).

Hiermit wurde das Thema der Arbeitskreise beendet, da kein weiterer Diskussionsbedarf bestand.

7. Verschiedenes

Frau Voskamp wies auf den Termin am 4. April 2008 für die Befahrung des Kanals hin und gab für die weitere Planung eine Liste herum, in welche sich die interessierten Teilnehmer/innen für die Teilnahme an der Schifffahrt eintragen konnten. Die Organisation des Termins läge beim WSA, die Einladungen würden über die Mediatoren an alle Beteiligten per Mail verschickt.

Herr Ginsberg führte an, dass Herr Menzel bereits im letzten Jahr 2007 gesagt habe, dass der Auftrag für die Kampfmittelsondierung bereits erteilt worden sei. Herr Augsten bestätigte, dass diese in Teilabschnitten bereits auch stattgefunden habe und dies vor allem der Erprobung verschiedener Verfahren gedient habe.

Auf die Frage von Herrn Kessen, ob im Forum Bedarf bestünde, über die Methoden einer Kampfmittelsondierung informiert zu werden, äußerten sich die Teilnehmer/innen interessiert. Das Forum zeigte Interesse und Herr Scholz fügte an, dass das WSA diese Informationen in einer der nächsten Arbeitskreis-Sitzungen darlegen (lassen) könne.

Frau Riemer kündigte an, dass sie allgemeine Daten zum Georadar vorab versenden würde, damit alle mit dem gleichen Vorwissen in den entsprechenden Arbeitskreis gehen könnten.

Herr Appel äußerte Kritik daran, dass einige Anmerkungen zum Verfahren der Firma Wiebe nicht ins Protokoll aufgenommen worden seien. Herr Scholz versicherte noch einmal, dass sowohl das Verfahren von Prof. Weihs als auch das der Firma Wiebe mit dem Input der BfW im AK „Umgang mit kurzfristigen Maßnahmen“ ergebnisoffen vorgestellt würden (vgl. Punkt 6 der Beschlussfassung im 4. Sitzungsprotokoll des Mediationsforums).

Es gab keine weiteren Wortmeldungen zum Thema Verschiedenes.

8. Verabschiedung

Herr Kessen informierte, dass es nun bis zur nächsten 7. Sitzung des Mediationsforums am 28. April 2008 eine längere Pause geben würde, die aber aufgrund der hohen Taktfrequenz der Termine in den letzten Wochen und einem gewissen Zeitbedarf für notwendige Vorbereitungen von Unterlagen und Fachbeiträgen auch notwendig sei.

Herr Kessen und Frau Voskamp bedankten sich bei den Teilnehmern/innen, verabschiedeten sie und schlossen die Sitzung um 20:20 Uhr.

Die nächste Sitzung des Forums wird am 28.04.2008 im WSA stattfinden.